

Hendrik Theine, Carlotta Verita, Moritz Gartiser

Über Reichtum berichten

Der „Gute Rat für Rückverteilung“ in den Medien

Kurzfassung der Studie

Frankfurt am Main, im Mai 2025

Auf einen Blick

- Der „Gute Rat für Rückverteilung“ wurde von Marlene Engelhorn 2024 initiiert, um über die Verwendung ihres Millionenerbes zu entscheiden. 50 zufällig ausgewählte Personen legten fest, welche Organisationen das Geld erhalten.
- Mit einer aktiven Kommunikationsstrategie versuchte der Rat, die Rückverteilungsaktion in den Kontext struktureller Vermögens- und Machtungleichheiten zu stellen.
- Die mediale Berichterstattung griff die Botschaften des Rats teils auf, vereinfachte allerdings stark und fokussierte sich oftmals auf die Person Marlene Engelhorn.
- Die durch den Rat vorgebrachte grundsätzliche Kritik an Vermögensungleichheiten sowie die große Bedeutung partizipativer demokratischer Prozesse fanden medial zu wenig Beachtung.

Allgemeiner Kontext zur Studie

Anfang 2024 gab die österreichische Erbin Marlene Engelhorn bekannt, dass der Großteil ihres Vermögens – in Summe 25 Millionen Euro – an die Gesellschaft rückverteilt werden soll. Dafür wurde der „Gute Rat für Rückverteilung“ ins Leben gerufen – 50 repräsentativ ausgewählte Menschen in Österreich, die nach sechs Wochenenden der gemeinsamen Diskussion entschieden haben, wie das Geld verteilt wird. Dieses Vorhaben fand vor dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Entwicklung statt, in der sich die Kluft zwischen den Reichsten und den Ärmsten weltweit vertieft.

In Europa sind die Vermögen in Deutschland, Österreich und der Schweiz besonders ungleich verteilt: Das oberste Prozent der Haushalte in diesen Ländern hält rund 30 bis 40 Prozent des Gesamtvermögens. Diese Konzentration von Privatvermögen zementiert nicht nur ungleiche ökonomische Machtverhältnisse, sondern verhindert auch eine

gleichberechtigte politische Partizipation und beeinträchtigt die Legitimität demokratischer Institutionen.

Zugleich rücken Fragen der Vermögensverteilung wieder zunehmend ins öffentliche Bewusstsein, befeuert durch zivilgesellschaftliche Initiativen und Debatten über Steuer- und soziale Gerechtigkeit. Medien kommt die Aufgabe zu, dieses gesellschaftlich hoch relevante Thema anhand konkreter Anlässe in seiner Komplexität adäquat darzustellen. Der „Gute Rat für Rückverteilung“ bot hierfür einen einzigartigen Anlass. Das Arbeitspapier untersucht, mit welchen Botschaften der Gute Rat kommunizierte und wie diese in den Medien aufgegriffen wurden.

Methode

Basierend auf dem Ansatz der Kritischen Diskursanalyse wird die Kommunikation des Guten Rats untersucht. Neben Pressemitteilungen und Beiträgen auf der Website werden 137 Postings des Guten Rats auf den relevanten Social-Media-Plattformen analysiert. Darüber hinaus wird die Berichterstattung in 26 deutschsprachigen Medien, insgesamt 162 Artikel und Beiträge, ausgewertet. Der Untersuchungszeitraum beläuft sich auf den 1. Januar bis 31. Oktober 2024.

Der Fokus der Analyse liegt auf der (Re-)Konstruktion von Diskurspositionen zur Legitimation oder Anfechtung von Vermögensungleichheit sowie zur Um- oder Rückverteilung von Vermögen in der Kommunikation des Guten Rats und der medialen Berichterstattung.

Ergebnisse

Durch eine aktive Kommunikationsstrategie transportierte der Gute Rat eine Vielzahl von Diskurspositionen, die die Rückverteilung des Millionenvermögens von Marlene Engelhorn an die österreichische Gesellschaft mit unterschiedlichen Perspektiven verknüpften – und die Medien griffen diese durchaus auf (siehe Abbildung 1).

In seiner Kommunikation hob der Rat besonders hervor, dass demokratische Prozesse – konkret verstanden als über Wahlen hinausgehende Partizipation und Mitbestimmung breiter Schichten der Bevölkerung auf Augenhöhe – zentral dafür sind, Um- und Rückverteilungsaktionen zu legitimieren und gerecht zu gestalten. Rund 40 Prozent der Veröffentlichungen des Rats transportierten diese Perspektive. Mit knapp einem Viertel der Beiträge (23,8 %) spielte auch das Argument, das hohe Vermögen wirtschaftlich und gesellschaftlich schädlich sind, eine große Rolle. Besonders betont wurde, dass große Vermögenskonzentrationen durch die damit einhergehende Machtballung die Demokratie untergraben, aber auch wirtschaftliche Dynamik und Innovation verhindern. Grundsätzliche Kritikpunkte am bestehenden Wirtschaftssystem waren mit 17,5 Prozent („Systemversagen“) bzw. 12,3 Prozent („Unterbau gesellschaftlicher Reichtumsproduktion“) ebenfalls prominent vertreten. Die Perspektive des Systemversagens zielte auf eine generelle Kritik an der gegenwärtigen, kapitalistischen Wirtschaftsweise mitsamt ihrer Tendenz zur Vermögens- und Machtballung sowie an bisherigen (ausbleibenden) Reaktionen demokratischer Regierungen auf diese Entwicklungen. Das „Unterbau“-Narrativ

argumentierte grundsätzlich gegen die Verknüpfung zwischen individueller Leistung und der ‚gerechten‘ Aneignung von Vermögen. Es verweist auf die notwendigen sozialen, kulturellen und politischen – also kollektiv geschaffenen – Bedingungen, die notwendig sind, um individuellen Reichtum überhaupt hervorzubringen.

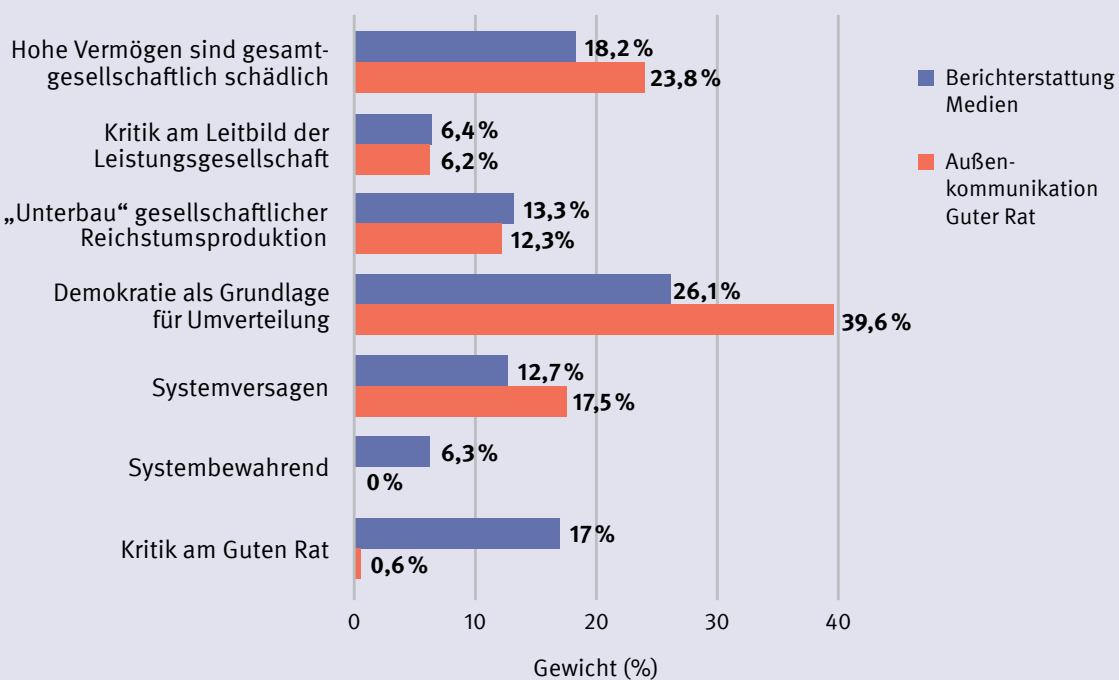
Ein Blick auf die Verteilung der Diskurspositionen in der Berichterstattung zeigt, dass alle vom Rat gesetzten Positionen medialen Widerhall fanden. Allerdings wird erkennbar, dass die Perspektiven, die Partizipation und demokratische Beteiligung in der Entscheidung über Umverteilungsprozesse einfordern sowie die Positionen, die systemkritisch argumentieren und negative Effekte großer Vermögen betonen, medial weniger aufgegriffen

wurden. Darüber hinaus stellt rund ein Viertel aller Medienbeiträge explizit die Kritik des Rats an Superreichen und Überreichtum in Frage, indem sie das Anliegen bzw. das Vorgehen des Rats kritisieren (17 %) oder den Status Quo bzw. das bestehende System (6,3 %) grundsätzlich verteidigen.

Über alle Diskurspositionen hinweg blieb die Berichterstattung oft oberflächlich und personalisiert. Häufig stand die Person Marlene Engelhorn im Vordergrund der Medienveröffentlichungen. Auch wurden immer wieder einzelne Beispiele für sozial-engagiertes bzw. philanthropisches Unternehmertum als Gegenargumente zu den Ratspositionen ins Feld geführt. Systemische Fragen zu Ungleichheit und Machtasymmetrien blieben oftmals ausgeblendet.

Abbildung 1:

Relevanz der Diskurspositionen in Außenkommunikation und Medienberichterstattung



Quelle: Eigene Darstellung (siehe Langfassung der Studie, S. 33).

Wird die Berichterstattung nach politisch-redaktioneller Ausrichtung der Medien ausgewertet, zeigt sich eine (allerdings nur leichte) Tendenz, dass „systembewahrende“ und die Arbeit des Guten Rats kritisierende Positionen stärker in konservativen und rechten Medien aufgegriffen wurden. Die Bedeutung demokratischer Prozesse für die Umverteilung von Vermögen, die Betonung der gesamtgesellschaftlichen Schädlichkeit großer Vermögenskonzentration und die argumentative Entkopplung zwischen individueller Leistung und der ‚gerechten‘ Aneignung von Vermögen wurden hingegen eher von links-liberalen und zentristischen Medien aufgegriffen.

Mehrheitlich erfolgte die Berichterstattung in der neutralen Form tatsachenbetonter Nachrichten, was die Vernachlässigung systemischer Fragen befördert haben dürfte – sind dafür doch ausführlichere und tiefergehende Formate notwendig. Wird diese journalistische Praxis nicht reflektiert, läuft sie Gefahr, den Status quo zu reproduzieren und es alternativen Narrativen zu erschweren, sich im öffentlichen Diskurs zu etablieren.

Fazit

Der „Gute Rat für Rückverteilung“ zeigt, wie zivilgesellschaftliche Initiativen Ungleichheit und Umverteilung thematisch, aber auch durch eine innovative Praxis, in den öffentlichen Diskurs einbringen können. Zentrale Botschaften wurden medial aufgegriffen, es zeigt sich jedoch eine Tendenz, strukturelle Kritikpunkte zugunsten personalisierter und oberflächlich-kontroverser Berichterstattung zu vernachlässigen.

Über die Autor*innen

Hendrik Theine ist wissenschaftlicher Mitarbeiter (post-doc) am Socio-Ecological Transformation Lab und am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) an der Johannes Kepler Universität Linz.



Carlotta Verita ist wissenschaftliche Mitarbeiterin (prae-doc) am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) an der Johannes Kepler Universität Linz und arbeitet an Projekten zur sozial-ökologischen Transformation.



Moritz Gartiser hat am Institut für Sozioökonomie der Universität Duisburg-Essen promoviert. Er forscht u. a. zu steuerpolitischen Diskursen in den Medien.

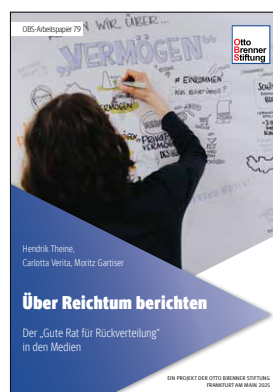


Fotos: Pamela Rußmann; privat

Impressum

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung, Can Gülcü, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main, Tel.: 069-6693-2584, E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de, www.otto-brenner-stiftung.de
Veröffentlicht unter CC BY-NC-SA 4.0-Lizenz.



Mehr Infos sowie die Langfassung der Studie finden Sie auf unserer Website: www.otto-brenner-stiftung.de